"derart einseitigen" Erklärung ende. Demgegenüber betont das Sekretariat der Bischofskonferenz in einer Gegenstellungnahme zu Recht, daß die "Lichtenauer Erklärung" keinerlei kirchliche Autorisierung erhalten habe, weder von einer Bischofskonferenz noch von einer römischen Behörde, und daß auch Kardinal König als Präsident des römischen Sekretariats für die Nichtglaubenden die Erklärung nicht unterzeichnete.

Auch sind tiefgehende Schwierigkeiten, die einer Annäherung zwischen Kirche und Freimaurerei entgegenstehen, nicht zu leugnen. Sie dürften sich in erster Linie auf die maurerischen Rituale beziehen, wo nicht nur manches antikatholische und antipäpstliche Element vorkommt, sondern wo tatsächlichder Verdacht besteht, daß sie eine ArtSakramentsersatz und die Freimaurerei selbst ein Glaubensersatz seien, was von ihrem geschichtlichen Ursprung her als eine Reaktion auf Glaubensspaltung und Religionskämpfe ja ein Stück weit auch erklärlich ist. Den verschiedenen Aussagen der Erklärung der Bischofskonferenz über die Nichtvereinbarkeit des maurerischen Wahrheits-, Gottes- und Toleranzverständnisses steht freilich der Satz in der Stellungnahme der Vereinigten Großlogen gegenüber, in dem es heißt: "Die deutschen Freimaurer bekennen sich unverändert zum Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit... Sie achten und schützen jedes aufrichtige Glaubensbekenntnis und jede auf rechtsstaatlichen Grundlagen beruhende politische Überzeugung.

Was aber weder aus der Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und den daran angehängten Begründungen noch aus der Stellungnahme der Vereinigten Großlogen klar wird, ist, als was Freimaurerei heute eigentlich zu verstehen ist bzw. als was sie sich, wenigstens soweit sie von den Großlogen in Deutschland repräsentiert wird, selbst versteht: als eine Art christliche Sekte, soweit sich das Freimaurertum ausdrücklich auf das Christentum (in welchem Sinn auch immer) als der in unserem Bereich den meisten "gemeinsamen Religion" bezieht oder als eine Art Gegenkirche mit eigenen, im Vollzug sakramentsähnlichen Ritua-

lien, als Religionsersatz für diejenigen, die Offenbarungsreligionen keinerlei Letztverbindlichkeit zuerkennen oder als geheimer Orden auf pluralistischer Basis zu humanitären Zwecken, der das jeweilige Bekenntnis seiner Mitglieder unberührt läßt. Liest man die Erklärung der Bischöfe genau, so entsteht der Eindruck, daß in dieser selbst nicht immer klar zwischen diesen verschiedenen Aspekten bzw. Möglichkeiten unterschieden wird. Das gilt ganz besonders von der Art, wie der Vorwurf des Relativismus unterbaut wird. Wo nämlich die Freimaurerei dem Bekenntnis des einzelnen Logenbruders tatsächlich freien Raum läßt und ihre eigenen Anschauungen und sie ihre Rituale nicht als eine Art Ersatz oder Gegenreligion versteht, sondern das Prinzip der Toleranz im wirklich positiven Sinne gelten läßt, wird eine Unvereinbarkeit zwischen der Kirchenzugehörigkeit und der Mitgliedschaft in einer Loge nur schwer zu begründen sein. Wo sich Freimaurerei wirklich als Ersatzreligion oder gar selbst als Bekenntnis versteht, wird ein Christ, und zwar nicht nur ein katholischer, kaum mit innerer Kohärenz von Glauben und konkretem Verhalten Mitglied sein können.

Für die weitere Erörterung dieser zweifellos nach wie vor schwierigen Fragen wäre es hilfreich gewesen, wenn die Erklärung der Bischöfe stärker auf die auch unter deutschen Freimaurern vorhandenen Unterschiede eingegangen wäre und zudem etwas mehr auf den Gang des sechsjährigen Dialogs selbst Bezug genommen hätte. Auch hätte man gerne erfahren, warum es nicht zu der in einer gewissen Phase der Beratungen einmal vorgesehenen gemeinsamen Erklärung, sondern zu der in einem auffällig un-

dialogischen Behördendeutsch formulierten jetzigen Erklärung gekommen ist. Aber vielleicht liegt das jetzige Ergebnis vor allem daran, daß von vornherein weniger ein Dialog mit dem Ziel des Offenlassens, wo man nicht zu einer Übereinstimmung kam, intendiert war, sondern eine "Prüfung" der maurerischen Positionen seitens der Kirche, was sicher auch zu Recht geschah, aber nicht das gleiche sein muß wie ein Dialog.

Der Auftrag der katholischen Arbeitsgruppe, die unter der Verantwortung von Bischof Josef Stimpfle von Augsstand, lautete jedenfalls: "a) Feststellung von Veränderungen innerhalb der Freimaurerei Deutschland, b) Prüfung von Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und gleichzeitig zur Freimaurerei, c) im Falle einer bejahenden Beantwortung der obigen Frage Vorbereitung der Offentlichkeit auf die veränderte Situation." Die Entscheidung im zweiten Punkt erübrigt ein Eingehen auf den dritten. Aber die Tatsache, daß auf mögliche geschichtliche Veränderungen überhaupt nicht eingegangen wird, als ob es in keiner Hinsicht welche gäbe, weder für die Situation der Freimaurer und ihr Selbstverständnis noch für die Kirche in bezug auf diese, weckt den Eindruck, als habe trotz der Versicherung, die Gespräche seien in "guter Atmosphäre" verlaufen und "von Offenheit und Sachlichkeit getragen" worden, ein Dialog im eigentlichen Sinne nicht stattgefunden. Dennoch scheint auf beiden Seiten ein Interesse zu bestehen, die Gespräche in irgendeiner Form fortzusetzen. Auch bestehen Hoffnungen, daß bei der Kodexreform das Urteil von Rom her zurückhaltender ausfällt.

Englands Katholiken: Aufbruch in Liverpool

Das Zweite Vatikanum traf die an ihre jahrhundertealte Diaspora-Existenz gewöhnte englischsprechende katholische Welt ebenso unvorbereitet wie unverhofft. Tatsächlich dauerte es fast

20 Jahre, bis der englische Katholizismus sich mühsam zu der modernen Großjährigkeit durchgerungen hat, die Johannes XXIII. bei der Einberufung des Konzils der Kirche als Ziel gesetzt

hatte. Der "National Pastoral Congress", der vom 2. bis 6. Mai in Liverpool tagte, war ein erstes deutliches Zeichen solcher Reife. Die englischen Katholiken (zu denen auch die Waliser, nicht aber die Schotten mit ihrer Hierarchie, wenngleich zweifellos ganz ähnlichen Problemkreisen gehören) haben eindeutig das ihnen einst von einer feindlichen protestantischen Umwelt aufgenötigte Image einer ihren Priestern und Bischöfen passiv folgenden Minderheit und Getto-Gemeinschaft überwunden. Sie sind heute, wie ihr Primas Kardinal Basil Hume sagte, eine "selbständige Kraft", selbstkritisch, aber mit erheblichem Selbstvertrauen, sehr englisch freimütig und tolerant, den Extremen abhold und doch nicht im überlieferten Sinn des Begriffes "lau". Der ersten päpstlichen Botschaft, die die Katholiken von England und Wales zu ihrer Initiative, einen solchen Pastoralkongreß einzuberufen, beglückwünschte, wurde zwar - unerwartet - eine zweite nachgesandt, in der den Kongreßteilnehmern ihre "große Verantwortung" vor Augen geführt wurde. Und Bischof John Murphy von Cardiff, ein nicht untypischer Repräsentant der konservativen englischen Hierarchie, hatte erklärt, der Kongreß dürfe nicht als "erneuter Ausbruch von Demokratie" verstanden werden und auch nicht als Beispiel eines von unbedeutenden Elementen in der Kirche bestimmten Geschehens. Aber römische und britische Befürchtungen, daß die den Laien eingeräumte Möglichkeit, vor der ganzen Kirche frei von der Leber weg zu sprechen, mißbraucht werden könnte, erwiesen sich als unbegründet.

Die 2100 Delegierten, darunter 40 Bischöfe und ca. ein Viertel Kleriker, waren sich ihrer Verantwortung für die Kirche als ganze und die Probleme, die diese und sie selbst gegenwärtig bewegen, durchaus bewußt. Der Delegierungsschlüssel (1 Delegierter pro 1000 Gottesdienstbesucher) hatte zwar überwiegend die Wahl von spezifischen Vertretern aus den Kerngemeinden der Pfarreien zur Folge, aber der Kongreß erhielt dadurch keineswegs eine konservative Ausrichtung. Der Kongreß tagte größeren Teils in

den der Presse nicht zugänglichen Diskussionsgruppen, in die die sieben "Sektoren", in die die gesamte Beratungsarbeit aufgegliedert wurde, unterteilt waren. Was aber in den Vollversammlungen der Sektoren an Texten und Entschließungen präsentiert und verabschiedet wurden, kann durchaus als eine erste Synthese der Ansichten und Forderungen gelten, die Klerus und Laien gegenwärtig in bezug auf die Kirche haben.

Als eines der heißen Eisen erwies sich die Ehe- und Familienpastoral. Fast einstimmig wurde die Forderung einer "fundamentalen Überprüfung kirchlichen Lehre über Ehe, Sexualität und Empfängnisverhütung" verabschiedet. Die darauf bezogene Resolution, derzufolge "die Möglichkeit der Änderung und Entwicklung in der kirchlichen Lehre" in diesem Bereich "offen" bleiben solle, fand die Unterstützung von zwei Dritteln der Delegierten. Daß viele Katholiken die gegenwärtige Haltung der Kirche zum Thema Empfängnisverhütung nicht akzeptieren, wurde als Tatsache gewertet, der man sich zu stellen habe.

Einige der verabschiedeten Entschließungen des mit Ehe- und Familienpastoral befaßten "Sektor C" gaben die herrschende Kongreßstimmung deutlich wieder: Wesentlich für die theologische und pastorale Entwicklung sei, daß dem Verständnis von Ehe und Familie ein "Konzept des Wachstums in den (gegenseitigen) Beziehungen (der Partner)" zugrunde gelegt werde. Es gelte eine "erneuerte positive Theologie der Ehe als ein alle Aspekte der ehelichen Beziehung betreffendes Band" zu erstellen und für alle verständlich darzulegen. Die Kirche brauche eine "positive" Lehre zu Sexualität und Ehe. Wegen der herrschenden Verwirrung, Ungewißheit und Meinungsverschiedenheiten zur Empfängnisverhütung sei die Lehre der Kirche in eine das gesamte sakramentale Leben vieler Katholiken berührende Sackgasse geraten. Ein Antrag zur formellen Bekräftigung der Enzyklika "Humanae vitae" fand ganz geringe Unterstützung, und nur 10 Prozent befürworteten sexuelle Enthaltsamkeit als Mittel zur Kontrolle der Kinderzahl.

Die Notwendigkeit einer "Änderung" oder "Entwicklung" wurde in Liverpool auch hinsichtlich der Priesterweihe für Frauen wie der Weihe für verheiratete Männer gefordert. Positiv äußerte sich der Kongreß zur Möglichkeit der Zulassung geschiedener und wiederverheirateter Katholiken zum Altarsakrament sowie zur Erteilung der "eucharistischen Gastfreundschaft" an Nichtkatholiken in katholischen Kirchen, gewünscht wurde die Einführung von mehr Bußgottesdiensten. In der abschließenden Vollversammlung fanden die Entschließungen, die einen vorbehaltlosen Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Frieden forderten, besonders spontanen Beifall. Arbeitslosigkeit, Menschenrechte im kirchlichen Bereich, Benachteiligung der Frau, Homosexualität, Abtreibung, Euthanasie wurden als die Verantwortung des Christen besonders angehende Fragen herausgestellt. Ein lautes "nostra culpa" wurde zu dem bisherigen Versagen der Kirche gesprochen, "der landesweiten Strömung der Insularität nicht entgegengetreten zu sein, sich so wenig mit den Bedürftigen im eigenen Land und in der Dritten Welt identifiziert und für eine friedlichere Welt gekämpft zu haben". Gefordert wurde die kirchliche Verurteilung rechtsradikaler rassistischer Organisationen wie der britischen "national front".

Hilfe für die Probleme der Dritten Welt müsse ein Grundanliegen der christlichen Welt werden. Die Gemeinden sollten 10 Prozent ihrer Einkünfte dafür beiseite legen. Der Sektor, der mit den Problemen der kirchlichen Strukturen beschäftigt war, forderte eine Beschränkung der Amtszeit von Pfarrern auf maximal 10 Jahre. Die englischen Bischöfe wurden aufgefordert, in Anbetracht der herrschenden internationalen Krise auf den Papst einzuwirken, damit dieser den Zusammentritt einer Weltfriedenskonferenz fördere. Eine Kongreßmehrheit verurteilte den Besitz und die Verwendung von Kernwaffen, obwohl eine Minderheit deren taktische Verwendung als legitim erachtete. Eine

Brennpunkte 277

Mehrheit forderte die multilaterale Abrüstung, eine Minderheit die unilaterale. Eine Mehrheit befürwortete den sofortigen (bisher abgelehnten) Beitritt der katholischen Kirche zum britischen "Rat der Kirchen". Der Kongreß, der in der stark vom irischen Katholizismus geprägten westenglischen Hafenstadt tagte, richtete auch einen besonderen Appell an die Bischöfe Irlands und Großbritanniens, gemeinsame Anstrengungen zur Lösung des Nordirlandkonflikts zu machen, nachdem bisher sowohl die Politiker als auch die einzelnen Kirchen sich als ohnmächtig erwiesen hätten. Die Bischöfe von England und Wales werden sich auf ihrer Vollversammlung im Juli mit den umfangreichen Reports der sieben Diskussionssektoren befassen und dazu Stellung beziehen, damit ist ihnen zweifellos die schwierigste Aufgabe, die sich aus dieser geradezu revolutionären Bestandsaufnahme des britischen Katholizismus ergeben hat, überantwortet worden. Es scheint praktisch so gut wie unmöglich, die zahllosen Empfehlungen von Liverpool auf den gemeinsamen Nenner einer pastoralen Strategie zu bringen. Es wurde daher mit Recht kritisiert, daß der Kongreß vor den ei-Konsequenzen schreckt sei und es versäumt habe, anstelle einer Masse undifferenzierter Beschlüsse die Aufgabe der Bischöfe zumindestens durch eine selbstgetroffene Auswahl von Prioritäten zu erleichtern. Dafür dürfte eine ständige Einrichtung nötig werden, die den in Liverpool begonnenen Dialog zwischen Laien und Bischöfen fortsetzt, da die bestehenden eher schwachen katholischen Dachorganisationen dafür nicht geeignet sind. Kardinal Hume, dem die Delegierten abschließend eine Ovation darbrachten, war bemüht, den möglichen Eindruck zu zerstreuen, daß die Diskussion in vielen Fragen spürbare Abweichungen von der kirchlichen Lehre zum Vorschein gebracht habe. Der Kardinal bekannte sich ausdrücklich zur Notwendigkeit einer gründlichen Prüfung der kritisierten kirchlichen Grundsätze und

Bedeutsam für den englischen Katholizismus war auf jeden Fall, daß die Bi-

schöfe zum erstenmal vollen Anteil an einem solchen "Dialog der Kirche" genommen haben. Es wurde so ein ganz neues Verhältnis zwischen der Hierarchie und der kirchlichen Basis geschaffen, das genausowenig wie die von dem Kongreß erarbeiteten Reports ungeschehen zu machen ist. Daran kann auch der Umstand nichts ändern, daß der Liverpooler Kongreß immer noch eine eher elitäre Versammlung von Aktivisten war, die vielen, die solchen Debatten eher indifferent gegenüberstehen, wenig zu sagen hatte. Die englischen Laien haben sich in Liverpool nicht zuletzt zum Erstaunen einiger "Hirten" als eine überraschend kompetente und lernfähige "Herde" erwiesen. Und die Bischöfe haben die Laien, die vielen Priestern an Bildung und Erfahrung überlegen waren, in ihrer Kompetenz respektiert. So waren die Diskussionen erfrischend frei von einer hinter den Kulissen vorherbestimmten katholischen "Linientreue". Der gemäßigte Ton trug dazu bei, daß die Diskussion stets sachlich blieb und Konfrontationen vermieden werden konnten.

Brennpunkte

Afrikanische Identität - Christlicher Glaube

Zum Besuch Johannes Pauls II. in Afrika

Bei seinem Besuch in Uganda im August 1969 sagte Paul VI. in einer Ansprache zum Abschluß des ersten afrikanischen Bischofssymposiums: "Ihr seid Eure eigenen Missionare. Ihr Afrikaner müßt selbst Eure Kirche auf diesem Kontinent weiter aufbauen" (HK, September 1969, 432). Johannes Paul II. begegnete bei seiner Reise durch sechs afrikanische Länder einer Kirche, die dieser Aufforderung gerade im vergangenen Jahrzehnt unter beträchtlichen Schwierigkeiten wie mit beachtlichen Ergebnissen gefolgt ist. So stand im Vorfeld dieser bisher längsten Auslandsreise des Papstes besonders die Frage im Raum, welche Akzente er im Blick auf die spezifischen Probleme und Anliegen der afrikanischen Kirche setzen würde. Im Unterschied zum Besuch im katholischen

Kontinent Lateinamerika suchte der Papst jetzt erstmals den direkten Kontakt mit einer Kirche, die nicht nur inmitten starker politisch-gesellschaftlicher Spannungen, sondern auch in einem autochthonen religiös-kulturellen Umfeld steht.

Der zehntägige Aufenthalt in den nach Größe, Sprache, politischem System und religiöser Zusammensetzung der Bevölkerung recht unterschiedlichen Ländern Zaire, Kongo, Kenia, Ghana, Obervolta und Elfenbeinküste diente, wie der Papst bei verschiedenen Gelegenheiten betonte, primär religiös-missionarischen Zielsetzungen. Diese wurden allerdings, darin der Eigenart dieses Pontifikats entsprechend, nach verschiedenen Richtungen ausgefaltet. Johannes Paul II. wandte sich direkt-verkündigend